



Finanzplan

ZEICHNUNG: JÜRGEN TOMICEK

Die nutzlose Ex-Partei der Freiheit

Die FDP muss dieser Tage jede Menge Prügel einstecken. Sie gilt als neoliberaler Gottseibeius, als Saboteur des Schönen und Guten der Ampel-Politik. Die Geschichtspräsidentin Hedwig Richter warf der Partei in der FAZ vor, „Suppenkasperpolitik“ zu betreiben. Die Kritiker verkennen, dass es die Gelben sind, die es ermöglichen, Transformations- und Umbaufantastien der SPD und der Grünen in Politik zu übersetzen.

Die FDP hat Kritik verdient – sogar Fundamentalkritik. Aber nicht, weil sie „neoliberal“ oder auch nur „liberal“ wäre – sondern weil sie Letzteres eben nicht ist. Die trübe Wirklichkeit ist diese: Es gibt in Deutschland keine liberale Partei, schon gar nicht in der Form der FDP.

■ Was heißt liberal? Man kann das auf eine Handvoll Prinzipien reduzieren: Primat der Freiheit. Privat vor Staat. Individuum vor Kollektiv. Schutz des Eigentums als Grundlage individueller Freiheit. Schutz des Einzelnen vor Übergriffen des Staates. Verteidigung der Schutzrechte des Einzelnen, wie wir sie im Grundgesetz finden. Leistungs- statt Ergebnisgerechtigkeit. Bei all dem versagt die FDP als Mitglied und Ermöglicher der Ampel. Das beweist sie in der Praxis.

■ Seit dem Eintritt in die Koalition reichen die (Schein-)Liberalen ihre Hand zu allen Arten von Gängelei sowie Regulierungen detailliertester Art. Das Heizungsgesetz ist das krasseste Beispiel, Lieferkettengesetz und das in den Startlöchern stehende Tarifreuegesetz weitere. Heizungsgesetz

Das rot-grüne Milieu ist nicht gut auf FDP und Liberalismus zu sprechen. Dabei sollten sie der Partei auf Knien danken. Sie ermöglicht nämlich erst illiberale Ampel-Politik, sagt Alexander Will.

gesetz und Mietpreisbremse sind zudem Gesetze für Entweignungen durch die Hintertür. Man weiß in der FDP-Führungsetage freilich genau, dass all dies nicht im Geringssten liberal ist und führt deswegen immer das gleiche Theaterstück auf. Nach etlichem Gezerre und minimalen Zugeständnissen heißt es: Es hätte



Der Text zum Anhören, gesprochen vom Autor unter www.nwzonline.de/podcasts/

ja alles noch schlimmer kommen können, wenn die FDP nicht wäre. Verschwiegen wird, dass ohne die FDP all das gar nicht möglich wäre.

Für eine Partei, die sich wenigstens in Teilen einmal der Idee verpflichtet fühlte, der Staat solle sich um Justiz, Sicherheit und Infrastruktur kümmern, den Rest aber der schöpferischen Tätigkeit der Menschen überlassen, ist die FDP weit gekommen.

■ Beim Schutz der Freiheit der Rede versagt die Partei. Auf ihrem Mist ist das „Selbstbestimmungsgesetz“ gewachsen, das mit Sanktionen belegt, die Vergangenheit eines Menschen anzusprechen. Das ist ein tiefer Eingriff in die Freiheit der Rede, und es wird ein quasireligiöses Tabu ge-

schaffen. Tatsächlich misst sich aber – um mit George Orwell zu sprechen – Freiheit daran, dass es möglich ist, Leuten etwas zu sagen, das sie nicht hören wollen. Dies haben wir nun eingetauscht für die Freiheit, alle drei Monate das Geschlecht zu wechseln.

Zu allem Überfluss lässt man auch noch die Innenministerin des Ampel-Partners SPD gegen die Meinungsfreiheit Amok laufen. Da geht es um „Meldestellen“, „enttarnen“ und das Framing von Menschen, die von Redefreiheit Gebrauch machen als „Feinde der Demokratie“. Von Justizminister Marco Buschmann hört man keinen Widerspruch.

■ Doch wer braucht freie Rede, wenn er soziale Wohltaten hat? Die FDP ermöglichte das Bürgergeld – den Einstieg in ein bedingungsloses Grundeinkommen. Die Sozialleistung wurde zu Jahresbeginn dann noch satt erhöht. Auch der „Kindergrundsicherung“ wird sich die FDP wohl nicht mehr lange widersetzen können. Die wird mit kosmetischen Korrekturen kommen, und in der FDP wird man sich wieder rühmen, Schlimmeres verhindert zu haben.

Solche Wohltaten gehen aber auf Kosten der Produzenten, auf Kosten derer, die oh-

nehin schon die schwersten (Steuer-)Lasten tragen, auf Kosten der Nettosteuerzahler. Denn merke mit Milton Friedman: „Man kann nicht essen, ohne zu bezahlen.“

■ Statt liberaler Politik bietet Ampel-Gelb bizarre Simulation von Liberalismus sowie Trickereien. In die erste Kategorie fällt der „CO₂-Preis“. Der hat nichts mit Marktwirtschaft zu tun, denn auf einem Markt agieren Anbieter und Nachfrager in freier Entscheidung. Im FDP-Modell zwingt der Staat zum Kauf einer Ware („Verschmutzungszertifikate“), die keiner braucht, und die zwangsweise erworben werden muss. Das ist Perversion von Marktwirtschaft.

Zu den Trickereien zählt der Schattenhaushalt, dessen sich der Finanzminister bedient, um den Eindruck zu wahren, er halte die Schuldenbremse ein: das „Sondervermögen“ für die Bundeswehr.

■ Die Widersprüche zwischen Handeln und Anspruch bleiben dem Wähler nicht verborgen, und der strafft die Lindner-Truppe ab. 2021 haben die FDP vor allem Leute gewählt, die glaubten, eine politische Kraft der Freiheit zu unterstützen. Die gehen jetzt von der Fahne. In der vergangenen Woche erschien eine Studie zum Wahlverhalten junger Menschen. Die FDP verzeichnete darin den größten Verlust aller Parteien unter den 14 bis 29-Jährigen.

Das Vertrauen ist weg – was auch immer die Folgen des 12-Punkte-Wirtschaftsprogramms der FDP sein werden, was auch immer der jüngste Parteitag beschließt. Es ist nicht überzeugend, zuerst

„ Die FDP hat Kritik verdient – sogar Fundamentalkritik. Aber nicht, weil sie „neoliberal“ oder auch nur „liberal“ wäre, sondern weil sie Letzteres eben nicht ist. Die trübe Wirklichkeit ist diese: Es gibt in Deutschland keine liberale Partei, schon gar nicht in der Form der FDP.

mitzutun, und dann plötzlich all das, wozu man seine Hand gereicht hat, zurückdrehen zu wollen. Das ist Angst vor dem Wähler – und es hat heuchlerische Züge. Um glaubwürdig zu bleiben, hätten Lindner & Co die Koalition schon während der Habeck'schen Heizungsposse aufkündigen müssen.

■ Was also tun? Die Ursünde war der Eintritt in die Ampel. Neuwahlen wären 2021 besser gewesen. Aber es gibt keine Zeitmaschine. Natürlich könnte die FDP mit echtem liberalen Programm in solch einer Koalition nicht regieren. Das wäre nicht schlimm. Ehrlicher Liberalismus in der Opposition ist allemal besser, als Schaden in Regierungsverantwortung anzurichten.

Sollte die FDP im kommenden Jahr aus dem Bundestag fliegen, wäre das für den Liberalismus kein Verlust. Der würde vom Aufbau politischer Strukturen jenseits der abgelebten Blau-Gelben mehr profitieren als von deren endlosem Opportunismus.

@ Den Autor erreichen Sie unter Will@infoautor.de



Dr. Alexander Will ist Mitglied der Chefredaktion und politischer Kommentator in der Nordwest Mediengruppe.

BILD: BICHMANN